Beschlussempfehlung

Hannover, den 12.06.2019

Ausschuss für Haushalt und Finanzen

Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes über die Anpassung der Besoldung und der Versorgungsbezüge in den Jahren 2019 bis 2021 sowie zur Änderung besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3763

Berichterstattung: Abg. Eike Holsten (CDU)
(Es ist ein schriftlicher Bericht vorgesehen.)

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen empfiehlt dem Landtag,

1. den Gesetzentwurf mit den aus der Anlage ersichtlichen Änderungen anzunehmen und
2. die in die Beratungen einbezogene Eingabe 00925 für erledigt zu erklären.

Stefan Wenzel
Vorsitzender

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3763

Niedersächsisches Gesetz über die Anpassung der Besoldung und der Versorgungsbezüge in den Jahren 2019 bis 2021 sowie zur Änderung besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften

Artikel 1
Niedersächsisches Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2019/2020/2021
(NBVAnpG 2019/2020/2021)

§ 1
Geltungsbereich

Dieses Gesetz regelt die Erhöhung der Besoldung und der Versorgungsbezüge der Beamtinnen und Beamten des Landes, der Kommunen des Landes sowie der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie der Richterinnen und Richter des Landes mit Wirkung vom 1. März 2019, 1. März 2020 und 1. März 2021; ausgenommen ist die Entschädigung der Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamten sowie der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter.

§ 2
Erhöhung der Besoldung und der Versorgungsbezüge im Jahr 2019

(1) Um 3,16 Prozent werden mit Wirkung vom 1. März 2019 erhöht

1. die Grundgehaltssätze nach den Anlagen 5 und 16 des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes (NBesG) vom 20. Dezember 2016 (Nds. GVBl. S. 308; 2017 S. 64), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (Nds. GVBl. S. 317), mindestens jedoch um einen Betrag in Höhe von 100 Euro,

2. der Familienzuschlag mit Ausnahme der Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppe A 5 nach Anlage 7 NBesG,

3. die Amtszulagen nach Anlage 8 NBesG,

4. die allgemeine Stellenzulage nach Anlage 10 NBesG,

5. die Beträge der Mehrarbeitsvergütung nach Anlage 13 NBesG,

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Niedersächsisches Gesetz über die Anpassung der Besoldung und der Versorgungsbezüge in den Jahren 2019 bis 2021 sowie zur Änderung besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften

Artikel 1
Niedersächsisches Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2019/2020/2021
(NBVAnpG 2019/2020/2021)

§ 1
Geltungsbereich

unverändert

§ 2
Erhöhung der Besoldung und der Versorgungsbezüge im Jahr 2019

(1) Um 3,16 Prozent werden mit Wirkung vom 1. März 2019 erhöht

1. die Grundgehaltssätze nach den Anlagen 5 und 16 des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes (NBesG) vom 20. Dezember 2016 (Nds. GVBl. S. 308; 2017 S. 64), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (Nds. GVBl. S. 317**; 2019 S. 13**), mindestens jedoch um einen Betrag in Höhe von 100 Euro,

2. *unverändert*

3. *unverändert*

4. *unverändert*

5. *unverändert*

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3763	*Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen*
6. die Ober- und Untergrenzen der Grundgehaltsspannen des Auslandszuschlags nach Anlage 14 NBesG,	6. *unverändert*
7. die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze)	7. *unverändert*
a) in den fortgeltenden Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer,	
b) in den Regelungen über künftig wegfallende Ämter,	
8. die Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie festgesetzte Sondergrundgehälter und Zuschüsse nach fortgeltenden Besoldungsordnungen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer,	8. *unverändert*
9. die in festen Beträgen ausgewiesenen Zuschüsse zum Grundgehalt nach den Nummern 1 und 2 und die allgemeine Stellenzulage nach Nummer 2 b der Vorbemerkungen der Anlage II des Bundesbesoldungsgesetzes in der bis zum 22. Februar 2002 geltenden Fassung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3434), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3926),	9. *unverändert*
10. die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern zustehenden Zuschläge nach den §§ 58 bis 61 des Niedersächsischen Beamtenversorgungsgesetzes in der Fassung vom 2. April 2013 (Nds. GVBl. S. 73), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (Nds. GVBl. S. 317; 2019 S. 13),	10. *unverändert*
11. die für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger maßgeblichen Überleitungszulagen nach Artikel 14 § 1 Abs. 1 des Reformgesetzes vom 24. Februar 1997 (BGBl. I S. 322), geändert durch Artikel 17 des Gesetzes vom 19. Februar 2006 (BGBl. I S. 334),	11. *unverändert*
12. die für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger maßgeblichen Bemessungsgrundlagen der Zulagen, Aufwandsentschädigungen und anderen Bezüge nach Artikel 14 § 5 des Reformgesetzes,	12. *unverändert*
13. die für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger maßgeblichen Ausgleichszulagen nach § 13 des Bundesbesoldungsgesetzes in der	13. *unverändert*

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3763	*Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen*
bis zum 31. August 2006 geltenden Fassung vom 6. August 2002 (BGBl. I S. 3020), zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 4 des Gesetzes vom 12. Juli 2006 (BGBl. I S. 1466),	
14. die für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger maßgeblichen Amtszulagen nach § 42 des Bundesbesoldungsgesetzes in der in Nummer 13 genannten Fassung,	14. *unverändert*
15. die für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger maßgeblichen Stellenzulagen nach Nummer 27 der Vorbemerkungen der Anlage I des Bundesbesoldungsgesetzes in der in Nummer 13 genannten Fassung und nach Nummer 6 der Anlage 1 des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes in der bis zum 31. Dezember 2016 geltenden Fassung vom 7. November 2008 (Nds. GVBl. S. 334), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Dezember 2015 (Nds. GVBl. S. 423), und	15. *unverändert*
16. die für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger maßgeblichen Ausgleichszulagen nach Nummer 3 der Vorbemerkungen der Anlage 1 des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes in der in Nummer 15 genannten Fassung.	16. *unverändert*
(2) Um 50 Euro werden mit Wirkung vom 1. März 2019 die Anwärtergrundbeträge nach Anlage 15 NBesG erhöht.	(2) *unverändert*
(3) [1]Die Erhöhung nach Absatz 1 Nrn. 1 bis 9 gilt entsprechend für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, deren Versorgungsbezügen eine Grundvergütung zugrunde liegt. [2]Satz 1 gilt für Empfängerinnen und Empfänger von Versorgungsbezügen der weggefallenen Besoldungsgruppe A 1 und der ab 1. März 2019 wegfallenden Besoldungsgruppen A 2 bis A 4 entsprechend. [3]Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz in der bis zum 30. Juni 1997 geltenden Fassung nicht zugrunde liegt, werden ab 1. März 2019 um 3,06 Prozent erhöht, wenn der Versorgungsfall vor dem 1. Juli 1997 eingetreten ist. [4]Satz 3 gilt entsprechend für	(3) *unverändert*
1. Hinterbliebene von vor dem 1. Juli 1997 vorhandenen Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern und	
2. Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind.	

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3763	*Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen*
[5]Bei Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 1 bis A 8 zugrunde liegt, vermindert sich das Grundgehalt um 63,12 Euro, wenn ihren ruhegehaltfähigen Dienstbezügen die Stellenzulage nach Nummer 27 Abs. 1 Buchst. a oder b der Vorbemerkungen der Anlage I zum Bundesbesoldungsgesetz in der bis zum 30. Juni 1997 geltenden Fassung bei Eintritt in den Ruhestand nicht zugrunde gelegen hat.	
§ 3 Erhöhung der Besoldung und der Versorgungsbezüge im Jahr 2020	§ 3 Erhöhung der Besoldung und der Versorgungsbezüge im Jahr 2020
(1) [1]Um 3,2 Prozent werden mit Wirkung vom 1. März 2020 die sich aus § 2 Abs. 1 ergebenden Bezügebestandteile und die Versorgungsbezüge nach § 2 Abs. 3 Sätze 1 und 2 erhöht. [2]Die Versorgungsbezüge, die sich aus § 2 Abs. 3 Sätze 3 und 4 ergeben, werden ab 1. März 2020 um 3,1 Prozent erhöht. [3]Das sich aus § 2 Abs. 3 Satz 5 ergebende Grundgehalt vermindert sich ab 1. März 2020 um 65,14 Euro.	*unverändert*
(2) Um 50 Euro werden mit Wirkung vom 1. März 2020 die Anwärtergrundbeträge nach Anlage 15 NBesG erhöht.	
§ 4 Erhöhung der Besoldung und der Versorgungsbezüge im Jahr 2021	§ 4 Erhöhung der Besoldung und der Versorgungsbezüge im Jahr 2021
[1]Um 1,4 Prozent werden mit Wirkung vom 1. März 2021 die sich aus § 2 Abs. 1 ergebenden Bezügebestandteile und die Versorgungsbezüge nach § 2 Abs. 3 Sätze 1 und 2 erhöht. [2]Die Versorgungsbezüge, die sich aus § 2 Abs. 3 Sätze 3 und 4 ergeben, werden ab 1. März 2021 um 1,3 Prozent erhöht. [3]Das sich aus § 2 Abs. 3 Satz 5 ergebende Grundgehalt vermindert sich ab 1. März 2021 um 66,05 Euro.	*unverändert*
Artikel 2 Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes	Artikel 2 Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes
Das Niedersächsische Besoldungsgesetz vom 20. Dezember 2016 (Nds. GVBl. S. 308; 2017 S. 64), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (Nds. GVBl. S. 317), wird wie folgt geändert:	Das Niedersächsische Besoldungsgesetz vom 20. Dezember 2016 (Nds. GVBl. S. 308; 2017 S. 64), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (Nds. GVBl. S. 317**; 2019 S. 13**), wird wie folgt geändert:
1. In § 23 Abs. 1 Nr. 1 wird die Angabe „A 4“ durch die Angabe „A 5“ ersetzt.	1. *unverändert*

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3763	*Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen*
2. In § 47 Abs. 4 Satz 3 wird die Angabe „A 2“ durch die Angabe „A 5“ ersetzt.	2. *unverändert*
3. § 50 Abs. 1 Satz 5 wird gestrichen.	3. *unverändert*
4. In § 63 Abs. 1 Satz 1 wird die Angabe „A 2“ durch die Angabe „A 5“ ersetzt.	4. *unverändert*
5. Es wird der folgende § 75 angefügt: „§ 75 Überleitung von Beamtinnen und Beamten in Ämtern der Besoldungsgruppe A 4 Beamtinnen und Beamte, die am *[Datum einsetzen: Zeitpunkt der Verkündung dieses Gesetzes]* ein Amt der Besoldungsgruppe A 4 innehatten, werden in ein dem bisherigen Amt entsprechendes Amt der Besoldungsgruppe A 5 (Anlage 1) übergeleitet.“	5. Es wird der folgende § 75 angefügt: „§ 75 Überleitung von Beamtinnen und Beamten in Ämtern der Besoldungsgruppe A 4 Beamtinnen und Beamte, die am **28. Februar 2019 und darüber hinaus** ein Amt der Besoldungsgruppe A 4 innehatten, werden in **das** _____ Amt _____ der Besoldungsgruppe A 5 (Anlage 1) übergeleitet**, dessen Amtsbezeichnung derjenigen ihres** bisherigen **Amtes entspricht**.“
6. Die Anlage 1 (zu § 5 Abs. 3, §§ 22, 23 Abs. 3, § 24 Abs. 4 sowie den §§ 37 und 39) wird wie folgt geändert:	6. Die Anlage 1 (zu § 5 Abs. 3, §§ 22, 23 Abs. 3, § 24 Abs. 4 sowie den §§ 37 und 39) wird wie folgt geändert:
a) Die Besoldungsgruppe A 4 wird mit allen Angaben gestrichen.	a) Die Besoldungsgruppe A 4 wird _____ gestrichen.
b) In der Besoldungsgruppe A 5 wird bei den Ämtern „Gestütoberwärterin, Gestütoberwärter“ und „Oberamtsmeisterin, Oberamtsmeister“ die Fußnotenbezeichnung „[3])“ angefügt.	b) **Die** Besoldungsgruppe A 5 wird **wie folgt geändert:** **aa) B**ei den Ämtern „Gestütoberwärterin, Gestütoberwärter“ und „Oberamtsmeisterin, Oberamtsmeister“ **wird jeweils** die Fußnotenbezeichnung „[6])“ angefügt. **bb) Nach der Fußnote 5 wird folgende Fußnote 6 angefügt:** **„[6)] Als erstes Einstiegsamt der Laufbahngruppe 1 für Beamtinnen und Beamte, denen das Amt ab dem 1. März 2019 verliehen wurde oder wird.“**
c) In der Besoldungsgruppe A 6 wird bei den Fußnoten 1 und 4 jeweils die Angabe „A 4 bis A 6“ durch die Angabe „A 5 und A 6“ ersetzt.	c) *unverändert*

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3763	*Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen*
d) Die Besoldungsgruppe A 13 wird wie folgt geändert:	d) Die Besoldungsgruppe A 13 wird wie folgt geändert:
aa) Bei dem Amt „Realschullehrerin, Realschullehrer“ wird der Funktionszusatz „- mit der Lehrbefähigung für das Lehramt an Realschulen bei einer dieser Lehrbefähigung entsprechenden Verwendung und bei Wahrnehmung herausgehobener Tätigkeiten -“ durch den Funktionszusatz „- bei Wahrnehmung herausgehobener Tätigkeiten -[14])“ ersetzt.	aa) Bei dem Amt „Realschullehrerin, Realschullehrer“ **werden in dem** Funktionszusatz „- mit der Lehrbefähigung für das Lehramt an Realschulen bei einer dieser Lehrbefähigung entsprechenden Verwendung und bei Wahrnehmung herausgehobener Tätigkeiten -“ **nach dem Wort „mit“ die Worte** „der Lehrbefähigung für das Lehramt an Haupt- und Realschulen oder“ **eingefügt und die Worte „bei einer dieser Lehrbefähigung entsprechenden Verwendung“ gestrichen**.
bb) Es wird die folgende Fußnote 14 angefügt:	bb) ***wird*** *(hier)* ***gestrichen*** *(jetzt in Doppelbuchstabe aa)*
„[14]) Mit der Lehrbefähigung für das Lehramt an Haupt- und Realschulen oder der Lehrbefähigung für das Lehramt an Realschulen.“	
e) Die Besoldungsgruppe A 14 wird wie folgt geändert:	e) Die Besoldungsgruppe A 14 wird wie folgt geändert:
	0/aa) Bei dem Amt „Seminarkonrektorin, Seminarkonrektor“ wird nach dem Wort „Realschulen[2])“ die Fußnotenbezeichnung „[3])“ durch die Fußnotenbezeichnung „[5])“ ersetzt.
aa) Die Fußnote 3 erhält folgende Fassung:	aa) Die Fußnote 3 erhält folgende Fassung:
„[3]) Mit der Lehrbefähigung für das Lehramt an Grundschulen, der Lehrbefähigung für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen, der Lehrbefähigung für das Lehramt an Haupt- und Realschulen, der Lehrbefähigung für das Lehramt an Realschulen oder der Lehrbefähigung für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen.“	„[3]) Mit der Lehrbefähigung für das Lehramt an Grundschulen, der Lehrbefähigung für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen, der Lehrbefähigung für das Lehramt an Haupt- und Realschulen, der Lehrbefähigung für das Lehramt an Realschulen**,** der Lehrbefähigung für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen oder **der Lehrbefähigung für das Lehramt für Sonderpädagogik**.“
bb) In der Fußnote 5 werden die Worte „ein entsprechendes Lehramt“ durch die Worte „das Lehramt für Sonderpädagogik“ ersetzt.	bb) ***wird gestrichen***

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3763	*Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen*
f) Die Besoldungsgruppe A 15 wird wie folgt geändert:	f) Die Besoldungsgruppe A 15 wird wie folgt geändert:
	0/aa) Bei dem Amt „Seminarrektorin, Seminarrektor“ wird nach dem Wort „Realschulen“ die Fußnotenbezeichnung „[2)]“ durch die Fußnotenbezeichnung „[3)]“ ersetzt.
aa) Die Fußnote 2 erhält folgende Fassung:	aa) Die Fußnote 2 erhält folgende Fassung:
„[2]) Mit der Lehrbefähigung für das Lehramt an Grundschulen, der Lehrbefähigung für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen, der Lehrbefähigung für das Lehramt an Haupt- und Realschulen, der Lehrbefähigung für das Lehramt an Realschulen oder der Lehrbefähigung für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen.“	„[2]) Mit der Lehrbefähigung für das Lehramt an Grundschulen, der Lehrbefähigung für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen, der Lehrbefähigung für das Lehramt an Haupt- und Realschulen, der Lehrbefähigung für das Lehramt an Realschulen**,** der Lehrbefähigung für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen oder **der Lehrbefähigung für das Lehramt für Sonderpädagogik**.“
bb) In der Fußnote 3 werden die Worte „ein entsprechendes Lehramt“ durch die Worte „das Lehramt für Sonderpädagogik“ ersetzt.	bb) ***wird gestrichen***
g) Am Ende der Anlage 1 werden bei den künftig wegfallenden Ämtern die Ämter der Besoldungsgruppe A 2 und die Ämter der Besoldungsgruppe A 3 mit allen Angaben gestrichen.	g) _____ **B**ei den künftig wegfallenden Ämtern **werden** die _____ Besoldungsgruppe**n** A 2 und _____ A 3 _____ gestrichen**, in der Besoldungsgruppe A 5 die Ämter „Amtsmeisterin, Amtsmeister[4)]“, „Gestütwärterin, Gestütwärter[4)]“ und „Hauptaufseherin, Hauptaufseher[4)]“ eingefügt und nach der Fußnote 3 folgende Fußnote 4 angefügt:**
	„[4)] Als erstes Einstiegsamt der Laufbahngruppe 1 für Beamtinnen und Beamte, denen das Amt vor dem 1. März 2019 verliehen wurde.“
7. In der Anlage 2 (zu § 5 Abs. 3, § 22 Abs. 1, § 24 Abs. 4 und § 37) wird in der Besoldungsgruppe B 2 bei dem Amt „Abteilungsdirektorin, Abteilungsdirektor“ der Funktionszusatz „- als allgemeine Vertreterin oder allgemeiner Vertreter der Direktorin oder des Direktors der Polizeiakademie Niedersachsen -“ gestrichen.	7. *unverändert*

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3763	*Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen*
8. In der Anlage 6 (zu § 22 Abs. 2 Satz 4) werden in der Spalte Grundamtsbezeichnungen die Worte „Aufseherin, Aufseher, Oberaufseherin, Oberaufseher, Hauptaufseherin, Hauptaufseher“ gestrichen.	8. ***wird gestrichen***
9. Die Anlagen 5, 7, 8, 10, 12, 13, 14, 15, 16 und 17 erhalten folgende Fassung:	9. *unverändert*

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3763
zugleich Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Anlage 5

(zu § 7 Abs. 2, § 25 Abs. 1 sowie den §§ 28 und 33)

Grundgehaltssätze der Besoldungsordnungen A, B, W und R

(Monatsbeträge in Euro)

1. Besoldungsordnung A

Gültig ab 1. März 2019

Besoldungsgruppe	Erfahrungszeit je Stufe 2 Jahre				Erfahrungszeit je Stufe 3 Jahre				Erfahrungszeit je Stufe 4 Jahre			
	Erfahrungsstufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 5	2 201,80	2 273,30	2 328,84	2 384,38	2 439,93	2 495,48	2 551,03	2 606,58				
A 6	2 248,74	2 309,74	2 370,73	2 431,71	2 492,68	2 553,69	2 614,68	2 675,67	2 736,64			
A 7	2 337,89	2 392,69	2 469,45	2 546,18	2 622,94	2 699,67	2 776,44	2 831,23	2 886,04	2 940,88		
A 8		2 470,57	2 536,15	2 634,50	2 732,84	2 831,18	2 929,56	2 995,13	3 060,66	3 126,24	3 191,79	
A 9		2 617,80	2 682,31	2 787,27	2 892,24	2 997,21	3 102,18	3 174,31	3 246,76	3 322,46	3 398,76	
A 10		2 803,65	2 893,30	3 027,77	3 162,28	3 299,33	3 441,52	3 536,32	3 631,12	3 725,90	3 820,71	
A 11			3 198,29	3 340,90	3 486,60	3 632,33	3 778,02	3 875,20	3 972,31	4 069,47	4 166,60	4 263,72
A 12				3 606,56	3 780,23	3 953,98	4 127,70	4 243,52	4 359,30	4 475,13	4 590,93	4 706,76
A 13				4 045,76	4 233,36	4 420,94	4 608,50	4 733,59	4 858,65	4 983,71	5 108,78	5 233,84
A 14				4 256,86	4 500,10	4 743,35	4 986,62	5 148,80	5 310,98	5 473,11	5 635,31	5 797,51
A 15						5 211,61	5 479,03	5 693,02	5 906,97	6 120,94	6 334,91	6 548,87
A 16						5 751,25	6 060,54	6 308,02	6 555,49	6 802,96	7 050,39	7 297,83

2. Besoldungsordnung B

Gültig ab 1. März 2019

Besoldungsgruppe	
B 1	6 548,87
B 2	7 610,93
B 3	8 060,52
B 4	8 531,48
B 5	9 071,74
B 6	9 581,92
B 7	10 078,23
B 8	10 595,49
B 9	11 126,93
B 10	13 101,65

3. Besoldungsordnung W

Gültig ab 1. März 2019

Besoldungsgruppe	W 1	W 2	W 3
	4 552,05	5 906,97	6 425,96

4. Besoldungsordnung R

Gültig ab 1. März 2019

Besoldungsgruppe	Erfahrungszeit je Stufe 2 Jahre											
	Erfahrungsstufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
R 1		4 327,59	4 426,34	4 681,09	4 935,82	5 190,60	5 445,34	5 700,11	5 954,83	6 209,61	6 464,34	6 719,10
R 2			5 036,18	5 290,91	5 545,68	5 800,41	6 055,17	6 309,89	6 564,67	6 819,38	7 074,16	7 328,87

R 3	8 060,52
R 4	8 531,48
R 5	9 071,74
R 6	9 581,92
R 7	10 078,23
R 8	10 595,49

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3763
zugleich Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Anlage 7
(zu § 34 Satz 3)

Gültig ab 1. März 2019

Familienzuschlag
(Monatsbeträge)

	Stufe 1 (§ 35 Abs. 1)	Stufe 2 (§ 35 Abs. 2)
Besoldungsgruppen A 5 bis A 8	132,72 Euro	251,86 Euro
übrige Besoldungsgruppen	139,38 Euro	258,52 Euro

Bei mehr als einem berücksichtigungsfähigen Kind erhöht sich der Familienzuschlag
für das zweite berücksichtigungsfähige Kind um 119,14 Euro,
für das dritte und jedes weitere berücksichtigungsfähige Kind um 326,25 Euro.

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppe A 5

In der Besoldungsgruppe A 5 erhöht sich der Familienzuschlag wie folgt:
1. in Stufe 2 für das berücksichtigungsfähige Kind um 5,11 Euro,
2. in Stufe 3 und den folgenden Stufen sowie in den Fällen des § 35 Abs. 3
   a) für das erste berücksichtigungsfähige Kind 5,11 Euro,
   b) für jedes weitere berücksichtigungsfähige Kind 15,34 Euro.

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3763
zugleich Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Anlage 8
(zu § 37)

Gültig ab 1. März 2019

Höhe der Amtszulagen

Dem Grunde nach geregelt in		Monatsbeträge in Euro
1. Besoldungsordnung A		
Besoldungsgruppe	**Fußnote**	
A 5	1	40,49
A 5	4, 5	74,67
A 6	5	40,49
A 7	7	50 % des jeweiligen Unterschiedsbetrages zum Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 8
A 9	1, 3, 6	301,39
A 12	5	175,05
A 12	7	80,98
A 13	1, 8, 9	306,27
A 13	6	210,00
A 13	7	175,05
A 13	11	98,80
A 14	2	210,00
A 15	1	210,00
A 16	3	234,83
Künftig wegfallende Ämter		
Besoldungsgruppe	**Fußnote**	
A 5	1	74,67
A 6	1	40,49
A 9	2	301,39
A 10	1	140,00
A 10	4	137,21
A 12	1	80,98
A 13	1, 3	306,27
A 13	4	140,00
2. Besoldungsordnung B		
Besoldungsgruppe	**Fußnote**	
B 9	1	861,88
3. Besoldungsordnung R		
Besoldungsgruppe	**Fußnote**	
R 1	1 bis 4	232,15
R 2	1 bis 5, 7	232,15
R 3	1, 2	232,15

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3763
zugleich Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Anlage 10

(zu den §§ 38 und 44 Abs. 2)

Gültig ab 1. März 2019

Höhe der Allgemeinen Stellenzulage

Dem Grunde nach geregelt in	Monatsbeträge in Euro	monatlich anzurechnende Beträge in Euro in den Fällen des § 44 Abs. 2 Satz 2
Anlage 9		
Nummer 1		
Buchstabe a	21,66	0,00
Buchstabe b	84,80	63,14
Nummern 2 bis 4	94,25	94,25

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3763
zugleich Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

		Anlage 12
		(zu § 39)
Gültig ab 1. März 2019		
Höhe der besonderen Stellenzulagen		
Dem Grunde nach geregelt in		Monatsbeträge in Euro
Anlage 11		
Nummer 1		
Die Zulage beträgt für Beamtinnen und Beamte in den Besoldungsgruppen		
A 5		115,04
A 6 bis A 9		153,39
A 10 und höher		191,73
Nummer 2		
Die Zulage beträgt nach einer		
Dienstzeit		
von einem Jahr		63,69
von zwei Jahren		127,38
Nummer 3 Abs. 1		
Nr. 1		368,13
Nr. 2		294,50
Nummer 4		102,26
Nummer 5 Abs. 1		95,53
Nummer 5 Abs. 2		
Die Zulage beträgt nach einer		
Dienstzeit		
von einem Jahr		63,69
von zwei Jahren		127,38
Nummer 6 Abs. 1		
Die Zulage beträgt nach einer		
Dienstzeit		
von einem Jahr		66,87
von zwei Jahren		133,75
Nummer 7 Abs. 1		
Die Zulage beträgt in der		
Laufbahngruppe 1		17,05
Laufbahngruppe 2		38,35
Nummer 8		38,35
Nummer 10 Abs. 1		
Die Zulage beträgt		
a) für Richterinnen, Richter, Staats-		
anwältinnen und Staatsanwälte,		
denen ein Richteramt übertragen ist,		
der Besoldungsgruppe(n)		
R 1		242,89
R 2 bis R 4		292,66
R 5 bis R 7		355,51
R 8		397,38

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3763
zugleich Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

b) für Richterinnen, Richter, Staats-		
anwältinnen und Staatsanwälte,		
denen ein Richteramt nicht übertragen ist,		
der Besoldungsgruppe(n)		
R 1		235,86
R 2 bis R 4		292,66
R 5 bis R 7		355,51
R 8		397,38
Nummer 11 Abs. 1		
Die Zulage beträgt		
für Beamtinnen und Beamte		
der Besoldungsgruppe(n)		
A 13		181,54
A 14, A 15, B 1		235,86
A 16, B 2 bis B 4		292,66
B 5 bis B 7		355,51
B 8 bis B 10		423,91
Nummer 11 Abs. 2		
Die Zulage beträgt		260,00
Nummer 11 Abs. 3		
Die Zulage beträgt, wenn ein Amt ausgeübt		
wird der Besoldungsgruppe		
R 1		226,00
R 2		252,00
Nummer 12 Abs. 1		
Die Zulage beträgt		51,13
Nummer 12 Abs. 2		
Die Zulage beträgt		76,69
Nummer 12 Abs. 3 und 4		
Die Zulage beträgt		150,00
Besoldungsordnung A		
Besoldungsgruppe	**Fußnote**	
A 9	7	8 % des Endgrundgehalts
		der Besoldungsgruppe A 9
A 10	1	8 % des Endgrundgehalts
		der Besoldungsgruppe A 10
A 11	1	8 % des Endgrundgehalts
		der Besoldungsgruppe A 11
A 13	12	47,27
A 14	4	47,27

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3763
zugleich Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Anlage 13
(zu § 47 Abs. 6)

Gültig ab 1. März 2019

Mehrarbeitsvergütung

Beamtinnen und Beamte der Besoldungsgruppen	Euro je Zeitstunde
A 5 bis A 8	15,58
A 9 bis A 12	21,37
A 13 bis A 16	29,47
Beamtinnen und Beamte im Schuldienst	Euro je Unterrichtsstunde
1. Lehrkräfte mit einer Lehrbefähigung, die den Zugang für das erste Einstiegsamt der Laufbahn der Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung Bildung eröffnet, wenn dieses Einstiegsamt der Besoldungsgruppe A 12 zugeordnet ist	24,67
2. Lehrkräfte mit einer Lehrbefähigung, die den Zugang für das erste Einstiegsamt der Laufbahn der Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung Bildung eröffnet, wenn dieses Einstiegsamt der Besoldungsgruppe A 13 zugeordnet ist	29,26
3. sonstige Lehrkräfte mit einer Lehrbefähigung, die den Zugang für das erste Einstiegsamt der Laufbahn der Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung Bildung eröffnet	19,88
4. Lehrkräfte mit einer Lehrbefähigung, die den Zugang für das zweite Einstiegsamt der Laufbahn der Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung Bildung eröffnet	34,18

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3763
zugleich Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Anlage 14
(zu § 56)

Gültig ab 1. März 2019

Auslandszuschlag
(Monatsbeträge in Euro)

Grund-gehalts-spanne	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
		2 166,00	2 454,80	2 782,95	3 155,77	3 579,38	4 060,69	4 607,59	5 228,96	5 935,01	6 737,19	7 648,68	8 684,33	9 861,03	
	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	ab
	2 165,99	2 454,79	2 782,94	3 155,76	3 579,37	4 060,68	4 607,58	5 228,95	5 935,00	6 737,18	7 648,67	8 684,32	9 861,02	11 198,01	11 198,02

Anlage 15
(zu § 58)

Gültig ab 1. März 2019

Anwärtergrundbetrag

Einstiegsamt	Monatsbeträge in Euro
A 5 bis A 8	1 159,04
A 9 bis A 11	1 219,74
A 12	1 376,91
A 13	1 412,66
A 13 + Zulage nach Nummer 4 der Anlage 9	1 451,92

Anlage 16
(zu § 68 Abs. 4)

Gültig ab 1. März 2019

Grundgehaltssätze für die Besoldungsgruppen C 1 bis C 4
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Erfahrungszeit je Stufe 2 Jahre														
	Erfahrungsstufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	3 608,05	3 733,13	3 858,15	3 983,22	4 108,31	4 233,36	4 358,42	4 483,46	4 608,50	4 733,59	4 858,65	4 983,71	5 108,78	5 233,84	
C 2	3 615,83	3 815,15	4 014,44	4 213,80	4 413,06	4 612,38	4 811,69	5 011,01	5 210,29	5 409,61	5 608,88	5 808,20	6 007,50	6 206,82	6 406,12
C 3	3 977,00	4 202,68	4 428,36	4 654,04	4 879,71	5 105,40	5 331,02	5 556,71	5 782,38	6 008,06	6 233,71	6 459,37	6 685,03	6 910,71	7 136,38
C 4	5 039,45	5 266,29	5 493,15	5 720,01	5 946,86	6 173,71	6 400,56	6 627,39	6 854,25	7 081,09	7 307,97	7 534,81	7 761,69	7 988,51	8 215,38

Anlage 17
(zu § 68 Abs. 4)

Gültig ab 1. März 2019

Höhe der Stellenzulagen und Zulagen

Dem Grunde nach geregelt in	Monatsbeträge in Euro
Bundesbesoldungsordnung C	
(in der bis zum 22. Februar 2002 geltenden Fassung)	
Vorbemerkungen	
Nummer 2 b	94,25
Nummer 3	
Die Zulage beträgt	
für Beamtinnen und Beamte	
der Besoldungsgruppe(n)	
C 1	181,54
C 2	235,86
C 3 und C 4	292,66
Nummer 5	
Die Zulage beträgt,	
wenn ein Amt ausgeübt wird	
der Besoldungsgruppe R 1	226,00
der Besoldungsgruppe R 2	252,00
Besoldungsgruppe Fußnote	
C 2 1	104,32

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3763	*Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen*
Artikel 3 Weitere Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes	Artikel 3 Weitere Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes
Die Anlagen 5, 7, 8, 10, 12, 13, 14, 15, 16 und 17 des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes vom 20. Dezember 2016 (Nds. GVBl. S. 308; 2017 S. 64), zuletzt geändert durch Artikel 2 dieses Gesetzes, erhalten folgende Fassung:	*unverändert*

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3763
zugleich Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Anlage 5

(zu § 7 Abs. 2, § 25 Abs. 1 sowie den §§ 28 und 33)

Grundgehaltssätze der Besoldungsordnungen A, B, W und R

(Monatsbeträge in Euro)

1. Besoldungsordnung A

Gültig ab 1. März 2020

Besoldungsgruppe	Erfahrungszeit je Stufe 2 Jahre				Erfahrungszeit je Stufe 3 Jahre				Erfahrungszeit je Stufe 4 Jahre			
	Erfahrungsstufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 5	2 272,26	2 346,05	2 403,36	2 460,68	2 518,01	2 575,34	2 632,66	2 689,99				
A 6	2 320,70	2 383,65	2 446,59	2 509,52	2 572,45	2 635,41	2 698,35	2 761,29	2 824,21			
A 7	2 412,70	2 469,26	2 548,47	2 627,66	2 706,87	2 786,06	2 865,29	2 921,83	2 978,39	3 034,99		
A 8		2 549,63	2 617,31	2 718,80	2 820,29	2 921,78	3 023,31	3 090,97	3 158,60	3 226,28	3 293,93	
A 9		2 701,57	2 768,14	2 876,46	2 984,79	3 093,12	3 201,45	3 275,89	3 350,66	3 428,78	3 507,52	
A 10		2 893,37	2 985,89	3 124,66	3 263,47	3 404,91	3 551,65	3 649,48	3 747,32	3 845,13	3 942,97	
A 11			3 300,64	3 447,81	3 598,17	3 748,56	3 898,92	3 999,21	4 099,42	4 199,69	4 299,93	4 400,16
A 12				3 721,97	3 901,20	4 080,51	4 259,79	4 379,31	4 498,80	4 618,33	4 737,84	4 857,38
A 13				4 175,22	4 368,83	4 562,41	4 755,97	4 885,06	5 014,13	5 143,19	5 272,26	5 401,32
A 14				4 393,08	4 644,10	4 895,14	5 146,19	5 313,56	5 480,93	5 648,25	5 815,64	5 983,03
A 15						5 378,38	5 654,36	5 875,20	6 095,99	6 316,81	6 537,63	6 758,43
A 16						5 935,29	6 254,48	6 509,88	6 765,27	7 020,65	7 276,00	7 531,36

2. Besoldungsordnung B

Gültig ab 1. März 2020

Besoldungsgruppe	
B 1	6 758,43
B 2	7 854,48
B 3	8 318,46
B 4	8 804,49
B 5	9 362,04
B 6	9 888,54
B 7	10 400,73
B 8	10 934,55
B 9	11 482,99
B 10	13 520,90

3. Besoldungsordnung W

Gültig ab 1. März 2020

Besoldungsgruppe	W 1	W 2	W 3
	4 697,72	6 095,99	6 631,59

4. Besoldungsordnung R

Gültig ab 1. März 2020

Besoldungsgruppe	Erfahrungszeit je Stufe 2 Jahre											
	Erfahrungsstufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
R 1		4 466,07	4 567,98	4 830,88	5 093,77	5 356,70	5 619,59	5 882,51	6 145,38	6 408,32	6 671,20	6 934,11
R 2			5 197,34	5 460,22	5 723,14	5 986,02	6 248,94	6 511,81	6 774,74	7 037,60	7 300,53	7 563,39

R 3	8 318,46
R 4	8 804,49
R 5	9 362,04
R 6	9 888,54
R 7	10 400,73
R 8	10 934,55

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3763
zugleich Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Anlage 7
(zu § 34 Satz 3)

Gültig ab 1. März 2020

Familienzuschlag
(Monatsbeträge)

	Stufe 1 (§ 35 Abs. 1)	Stufe 2 (§ 35 Abs. 2)
Besoldungsgruppen A 5 bis A 8	136,98 Euro	259,93 Euro
übrige Besoldungsgruppen	143,84 Euro	266,79 Euro

Bei mehr als einem berücksichtigungsfähigen Kind erhöht sich der Familienzuschlag
für das zweite berücksichtigungsfähige Kind um 122,95 Euro,
für das dritte und jedes weitere berücksichtigungsfähige Kind um 336,69 Euro.

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppe A 5

In der Besoldungsgruppe A 5 erhöht sich der Familienzuschlag wie folgt:
1. in Stufe 2 für das berücksichtigungsfähige Kind um 5,11 Euro,
2. in Stufe 3 und den folgenden Stufen sowie in den Fällen des § 35 Abs. 3
   a) für das erste berücksichtigungsfähige Kind 5,11 Euro,
   b) für jedes weitere berücksichtigungsfähige Kind 15,34 Euro.

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3763
zugleich Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Anlage 8
(zu § 37)

Gültig ab 1. März 2020

Höhe der Amtszulagen

Dem Grunde nach geregelt in		Monatsbeträge in Euro
1. Besoldungsordnung A		
Besoldungsgruppe	**Fußnote**	
A 5	1	41,79
A 5	4, 5	77,06
A 6	5	41,79
A 7	7	50 % des jeweiligen Unterschiedsbetrages zum Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 8
A 9	1, 3, 6	311,03
A 12	5	180,65
A 12	7	83,57
A 13	1, 8, 9	316,07
A 13	6	216,72
A 13	7	180,65
A 13	11	101,96
A 14	2	216,72
A 15	1	216,72
A 16	3	242,34
Künftig wegfallende Ämter		
Besoldungsgruppe	**Fußnote**	
A 5	1	77,06
A 6	1	41,79
A 9	2	311,03
A 10	1	144,48
A 10	4	141,60
A 12	1	83,57
A 13	1, 3	316,07
A 13	4	144,48
2. Besoldungsordnung B		
Besoldungsgruppe	**Fußnote**	
B 9	1	889,46
3. Besoldungsordnung R		
Besoldungsgruppe	**Fußnote**	
R 1	1 bis 4	239,58
R 2	1 bis 5, 7	239,58
R 3	1, 2	239,58

Anlage 10
(zu den §§ 38 und 44 Abs. 2)

Gültig ab 1. März 2020

Höhe der Allgemeinen Stellenzulage

Dem Grunde nach geregelt in	Monatsbeträge in Euro	monatlich anzurechnende Beträge in Euro in den Fällen des § 44 Abs. 2 Satz 2
Anlage 9		
Nummer 1		
Buchstabe a	22,35	0,00
Buchstabe b	87,51	65,16
Nummern 2 bis 4	97,27	97,27

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3763
zugleich Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Anlage 12
(zu § 39)

Gültig ab 1. März 2020

Höhe der besonderen Stellenzulagen

Dem Grunde nach geregelt in		Monatsbeträge in Euro
Anlage 11		
Nummer 1		
Die Zulage beträgt für Beamtinnen und Beamte in den Besoldungsgruppen		
A 5		115,04
A 6 bis A 9		153,39
A 10 und höher		191,73
Nummer 2		
Die Zulage beträgt nach einer		
Dienstzeit		
von einem Jahr		63,69
von zwei Jahren		127,38
Nummer 3 Abs. 1		
Nr. 1		368,13
Nr. 2		294,50
Nummer 4		102,26
Nummer 5 Abs. 1		95,53
Nummer 5 Abs. 2		
Die Zulage beträgt nach einer		
Dienstzeit		
von einem Jahr		63,69
von zwei Jahren		127,38
Nummer 6 Abs. 1		
Die Zulage beträgt nach einer		
Dienstzeit		
von einem Jahr		66,87
von zwei Jahren		133,75
Nummer 7 Abs. 1		
Die Zulage beträgt in der		
Laufbahngruppe 1		17,05
Laufbahngruppe 2		38,35
Nummer 8		38,35
Nummer 10 Abs. 1		
Die Zulage beträgt		
a) für Richterinnen, Richter, Staats-		
anwältinnen und Staatsanwälte,		
denen ein Richteramt übertragen ist,		
der Besoldungsgruppe(n)		
R 1		242,89
R 2 bis R 4		292,66
R 5 bis R 7		355,51
R 8		397,38

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3763
zugleich Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

b) für Richterinnen, Richter, Staats-		
anwältinnen und Staatsanwälte,		
denen ein Richteramt nicht übertragen ist,		
der Besoldungsgruppe(n)		
R 1		235,86
R 2 bis R 4		292,66
R 5 bis R 7		355,51
R 8		397,38
Nummer 11 Abs. 1		
Die Zulage beträgt		
für Beamtinnen und Beamte		
der Besoldungsgruppe(n)		
A 13		181,54
A 14, A 15, B 1		235,86
A 16, B 2 bis B 4		292,66
B 5 bis B 7		355,51
B 8 bis B 10		423,91
Nummer 11 Abs. 2		
Die Zulage beträgt		260,00
Nummer 11 Abs. 3		
Die Zulage beträgt, wenn ein Amt ausgeübt		
wird der Besoldungsgruppe		
R 1		226,00
R 2		252,00
Nummer 12 Abs. 1		
Die Zulage beträgt		51,13
Nummer 12 Abs. 2		
Die Zulage beträgt		76,69
Nummer 12 Abs. 3 und 4		
Die Zulage beträgt		150,00
Besoldungsordnung A		
Besoldungsgruppe	**Fußnote**	
A 9	7	8 % des Endgrundgehalts
		der Besoldungsgruppe A 9
A 10	1	8 % des Endgrundgehalts
		der Besoldungsgruppe A 10
A 11	1	8 % des Endgrundgehalts
		der Besoldungsgruppe A 11
A 13	12	47,27
A 14	4	47,27

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3763
zugleich Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Anlage 13
(zu § 47 Abs. 6)

Gültig ab 1. März 2020

Mehrarbeitsvergütung

Beamtinnen und Beamte der Besoldungsgruppen	Euro je Zeitstunde
A 5 bis A 8	16,08
A 9 bis A 12	22,05
A 13 bis A 16	30,41
Beamtinnen und Beamte im Schuldienst	Euro je Unterrichtsstunde
1. Lehrkräfte mit einer Lehrbefähigung, die den Zugang für das erste Einstiegsamt der Laufbahn der Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung Bildung eröffnet, wenn dieses Einstiegsamt der Besoldungsgruppe A 12 zugeordnet ist	25,46
2. Lehrkräfte mit einer Lehrbefähigung, die den Zugang für das erste Einstiegsamt der Laufbahn der Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung Bildung eröffnet, wenn dieses Einstiegsamt der Besoldungsgruppe A 13 zugeordnet ist	30,20
3. sonstige Lehrkräfte mit einer Lehrbefähigung, die den Zugang für das erste Einstiegsamt der Laufbahn der Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung Bildung eröffnet	20,52
4. Lehrkräfte mit einer Lehrbefähigung, die den Zugang für das zweite Einstiegsamt der Laufbahn der Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung Bildung eröffnet	35,27

Anlage 14
(zu § 56)

Gültig ab 1. März 2020

Auslandszuschlag
(Monatsbeträge in Euro)

Grundgehaltsspanne	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
		2 235,31	2 533,35	2 872,00	3 256,75	3 693,92	4 190,63	4 755,03	5 396,29	6 124,93	6 952,78	7 893,44	8 962,23	10 176,58	
	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	ab
	2 235,30	2 533,34	2 871,99	3 256,74	3 693,91	4 190,62	4 755,02	5 396,28	6 124,92	6 952,77	7 893,43	8 962,22	10 176,57	11 556,35	11 556,36

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3763
zugleich Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Anlage 15
(zu § 58)

Gültig ab 1. März 2020

Anwärtergrundbetrag

Einstiegsamt	Monatsbeträge in Euro
A 5 bis A 8	1 209,04
A 9 bis A 11	1 269,74
A 12	1 426,91
A 13	1 462,66
A 13 + Zulage nach Nummer 4 der Anlage 9	1 501,92

Anlage 16
(zu § 68 Abs. 4)

Gültig ab 1. März 2020

Grundgehaltssätze für die Besoldungsgruppen C 1 bis C 4
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Erfahrungszeit je Stufe 2 Jahre Erfahrungsstufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	3 723,51	3 852,59	3 981,61	4 110,68	4 239,78	4 368,83	4 497,89	4 626,93	4 755,97	4 885,06	5 014,13	5 143,19	5 272,26	5 401,32	
C 2	3 731,54	3 937,23	4 142,90	4 348,64	4 554,28	4 759,98	4 965,66	5 171,36	5 377,02	5 582,72	5 788,36	5 994,06	6 199,74	6 405,44	6 611,12
C 3	4 104,26	4 337,17	4 570,07	4 802,97	5 035,86	5 268,77	5 501,61	5 734,52	5 967,42	6 200,32	6 433,19	6 666,07	6 898,95	7 131,85	7 364,74
C 4	5 200,71	5 434,81	5 668,93	5 903,05	6 137,16	6 371,27	6 605,38	6 839,47	7 073,59	7 307,68	7 541,83	7 775,92	8 010,06	8 244,14	8 478,27

Anlage 17
(zu § 68 Abs. 4)

Gültig ab 1. März 2020

Höhe der Stellenzulagen und Zulagen

Dem Grunde nach geregelt in	Monatsbeträge in Euro
Bundesbesoldungsordnung C	
(in der bis zum 22. Februar 2002 geltenden Fassung)	
Vorbemerkungen	
Nummer 2 b	97,27
Nummer 3	
Die Zulage beträgt	
für Beamtinnen und Beamte	
der Besoldungsgruppe(n)	
C 1	181,54
C 2	235,86
C 3 und C 4	292,66
Nummer 5	
Die Zulage beträgt,	
wenn ein Amt ausgeübt wird	
der Besoldungsgruppe R 1	226,00
der Besoldungsgruppe R 2	252,00
Besoldungsgruppe **Fußnote**	
C 2 1	104,32

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3763	*Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen*
Artikel 4 Weitere Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes	Artikel 4 Weitere Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes
Die Anlagen 5, 7, 8, 10, 12, 13, 14, 15, 16 und 17 des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes vom 20. Dezember 2016 (Nds. GVBl. S. 308; 2017 S. 64), zuletzt geändert durch Artikel 3 dieses Gesetzes, erhalten folgende Fassung:	*unverändert*

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3763
zugleich Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Anlage 5

(zu § 7 Abs. 2, § 25 Abs. 1 sowie den §§ 28 und 33)

Grundgehaltssätze der Besoldungsordnungen A, B, W und R

(Monatsbeträge in Euro)

1. Besoldungsordnung A

Gültig ab 1. März 2021

Besoldungs-	Erfahrungszeit je Stufe 2 Jahre				Erfahrungszeit je Stufe 3 Jahre				Erfahrungszeit je Stufe 4 Jahre			
	Erfahrungsstufe											
gruppe	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 5	2 304,07	2 378,89	2 437,01	2 495,13	2 553,26	2 611,39	2 669,52	2 727,65				
A 6	2 353,19	2 417,02	2 480,84	2 544,65	2 608,46	2 672,31	2 736,13	2 799,95	2 863,75			
A 7	2 446,48	2 503,83	2 584,15	2 664,45	2 744,77	2 825,06	2 905,40	2 962,74	3 020,09	3 077,48		
A 8		2 585,32	2 653,95	2 756,86	2 859,77	2 962,68	3 065,64	3 134,24	3 202,82	3 271,45	3 340,05	
A 9		2 739,39	2 806,89	2 916,73	3 026,58	3 136,42	3 246,27	3 321,75	3 397,57	3 476,78	3 556,63	
A 10		2 933,88	3 027,69	3 168,41	3 309,16	3 452,58	3 601,37	3 700,57	3 799,78	3 898,96	3 998,17	
A 11			3 346,85	3 496,08	3 648,54	3 801,04	3 953,50	4 055,20	4 156,81	4 258,49	4 360,13	4 461,76
A 12				3 774,08	3 955,82	4 137,64	4 319,43	4 440,62	4 561,78	4 682,99	4 804,17	4 925,38
A 13				4 233,67	4 429,99	4 626,28	4 822,55	4 953,45	5 084,33	5 215,19	5 346,07	5 476,94
A 14				4 454,58	4 709,12	4 963,67	5 218,24	5 387,95	5 557,66	5 727,33	5 897,06	6 066,79
A 15						5 453,68	5 733,52	5 957,45	6 181,33	6 405,25	6 629,16	6 853,05
A 16						6 018,38	6 342,04	6 601,02	6 859,98	7 118,94	7 377,86	7 636,80

2. Besoldungsordnung B

Gültig ab 1. März 2021

Besoldungsgruppe	
B 1	6 853,05
B 2	7 964,44
B 3	8 434,92
B 4	8 927,75
B 5	9 493,11
B 6	10 026,98
B 7	10 546,34
B 8	11 087,63
B 9	11 643,75
B 10	13 710,19

3. Besoldungsordnung W

Gültig ab 1. März 2021

Besoldungsgruppe	W 1	W 2	W 3
	4 763,49	6 181,33	6 724,43

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3763
zugleich Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

4. Besoldungsordnung R

Gültig ab 1. März 2021

Besoldungsgruppe	Erfahrungszeit je Stufe 2 Jahre Erfahrungsstufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
R 1		4 528,59	4 631,93	4 898,51	5 165,08	5 431,69	5 698,26	5 964,87	6 231,42	6 498,04	6 764,60	7 031,19
R 2			5 270,10	5 536,66	5 803,26	6 069,82	6 336,43	6 602,98	6 869,59	7 136,13	7 402,74	7 669,28
R 3	8 434,92											
R 4	8 927,75											
R 5	9 493,11											
R 6	10 026,98											
R 7	10 546,34											
R 8	11 087,63											

Anlage 7

(zu § 34 Satz 3)

Gültig ab 1. März 2021

Familienzuschlag

(Monatsbeträge)

	Stufe 1 (§ 35 Abs. 1)	Stufe 2 (§ 35 Abs. 2)
Besoldungsgruppen A 5 bis A 8	138,90 Euro	263,57 Euro
übrige Besoldungsgruppen	145,86 Euro	270,53 Euro

Bei mehr als einem berücksichtigungsfähigen Kind erhöht sich der Familienzuschlag

für das zweite berücksichtigungsfähige Kind um	124,67 Euro,
für das dritte und jedes weitere berücksichtigungsfähige Kind um	341,40 Euro.

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppe A 5

In der Besoldungsgruppe A 5 erhöht sich der Familienzuschlag wie folgt:

1. in Stufe 2 für das berücksichtigungsfähige Kind um	5,11 Euro,
2. in Stufe 3 und den folgenden Stufen sowie in den Fällen des § 35 Abs. 3	
a) für das erste berücksichtigungsfähige Kind	5,11 Euro,
b) für jedes weitere berücksichtigungsfähige Kind	15,34 Euro.

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3763
zugleich Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Anlage 8
(zu § 37)

Gültig ab 1. März 2021

Höhe der Amtszulagen

Dem Grunde nach geregelt in		Monatsbeträge in Euro
1. Besoldungsordnung A		
Besoldungsgruppe	**Fußnote**	
A 5	1	42,38
A 5	4, 5	78,14
A 6	5	42,38
A 7	7	50 % des jeweiligen Unterschiedsbetrages zum Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 8
A 9	1, 3, 6	315,38
A 12	5	183,18
A 12	7	84,74
A 13	1, 8, 9	320,49
A 13	6	219,75
A 13	7	183,18
A 13	11	103,39
A 14	2	219,75
A 15	1	219,75
A 16	3	245,73
Künftig wegfallende Ämter		
Besoldungsgruppe	**Fußnote**	
A 5	1	78,14
A 6	1	42,38
A 9	2	315,38
A 10	1	146,50
A 10	4	143,58
A 12	1	84,74
A 13	1, 3	320,49
A 13	4	146,50
2. Besoldungsordnung B		
Besoldungsgruppe	**Fußnote**	
B 9	1	901,91
3. Besoldungsordnung R		
Besoldungsgruppe	**Fußnote**	
R 1	1 bis 4	242,93
R 2	1 bis 5, 7	242,93
R 3	1, 2	242,93

Anlage 10
(zu den §§ 38 und 44 Abs. 2)

Gültig ab 1. März 2021

Höhe der Allgemeinen Stellenzulage

Dem Grunde nach geregelt in	Monatsbeträge in Euro	monatlich anzurechnende Beträge in Euro in den Fällen des § 44 Abs. 2 Satz 2
Anlage 9		
Nummer 1		
Buchstabe a	22,66	0,00
Buchstabe b	88,74	66,08
Nummern 2 bis 4	98,63	98,63

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3763
zugleich Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

		Anlage 12
		(zu § 39)
Gültig ab 1. März 2021		
Höhe der besonderen Stellenzulagen		

Dem Grunde nach geregelt in		Monatsbeträge in Euro
Anlage 11		
Nummer 1		
Die Zulage beträgt für Beamtinnen und Beamte in den Besoldungsgruppen		
A 5		115,04
A 6 bis A 9		153,39
A 10 und höher		191,73
Nummer 2		
Die Zulage beträgt nach einer		
Dienstzeit		
von einem Jahr		63,69
von zwei Jahren		127,38
Nummer 3 Abs. 1		
Nr. 1		368,13
Nr. 2		294,50
Nummer 4		102,26
Nummer 5 Abs. 1		95,53
Nummer 5 Abs. 2		
Die Zulage beträgt nach einer		
Dienstzeit		
von einem Jahr		63,69
von zwei Jahren		127,38
Nummer 6 Abs. 1		
Die Zulage beträgt nach einer		
Dienstzeit		
von einem Jahr		66,87
von zwei Jahren		133,75
Nummer 7 Abs. 1		
Die Zulage beträgt in der		
Laufbahngruppe 1		17,05
Laufbahngruppe 2		38,35
Nummer 8		38,35
Nummer 10 Abs. 1		
Die Zulage beträgt		
a) für Richterinnen, Richter, Staats-		
anwältinnen und Staatsanwälte,		
denen ein Richteramt übertragen ist,		
der Besoldungsgruppe(n)		
R 1		242,89
R 2 bis R 4		292,66
R 5 bis R 7		355,51
R 8		397,38

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3763
zugleich Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

b) für Richterinnen, Richter, Staats-		
anwältinnen und Staatsanwälte,		
denen ein Richteramt nicht übertragen ist,		
der Besoldungsgruppe(n)		
R 1		235,86
R 2 bis R 4		292,66
R 5 bis R 7		355,51
R 8		397,38
Nummer 11 Abs. 1		
Die Zulage beträgt		
für Beamtinnen und Beamte		
der Besoldungsgruppe(n)		
A 13		181,54
A 14, A 15, B 1		235,86
A 16, B 2 bis B 4		292,66
B 5 bis B 7		355,51
B 8 bis B 10		423,91
Nummer 11 Abs. 2		
Die Zulage beträgt		260,00
Nummer 11 Abs. 3		
Die Zulage beträgt, wenn ein Amt ausgeübt		
wird der Besoldungsgruppe		
R 1		226,00
R 2		252,00
Nummer 12 Abs. 1		
Die Zulage beträgt		51,13
Nummer 12 Abs. 2		
Die Zulage beträgt		76,69
Nummer 12 Abs. 3 und 4		
Die Zulage beträgt		150,00
Besoldungsordnung A		
Besoldungsgruppe	**Fußnote**	
A 9	7	8 % des Endgrundgehalts
		der Besoldungsgruppe A 9
A 10	1	8 % des Endgrundgehalts
		der Besoldungsgruppe A 10
A 11	1	8 % des Endgrundgehalts
		der Besoldungsgruppe A 11
A 13	12	47,27
A 14	4	47,27

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3763
zugleich Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Anlage 13
(zu § 47 Abs. 6)

Gültig ab 1. März 2021

Mehrarbeitsvergütung

Beamtinnen und Beamte der Besoldungsgruppen	Euro je Zeitstunde
A 5 bis A 8	16,31
A 9 bis A 12	22,36
A 13 bis A 16	30,84
Beamtinnen und Beamte im Schuldienst	**Euro je Unterrichtsstunde**
1. Lehrkräfte mit einer Lehrbefähigung, die den Zugang für das erste Einstiegsamt der Laufbahn der Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung Bildung eröffnet, wenn dieses Einstiegsamt der Besoldungsgruppe A 12 zugeordnet ist	25,82
2. Lehrkräfte mit einer Lehrbefähigung, die den Zugang für das erste Einstiegsamt der Laufbahn der Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung Bildung eröffnet, wenn dieses Einstiegsamt der Besoldungsgruppe A 13 zugeordnet ist	30,62
3. sonstige Lehrkräfte mit einer Lehrbefähigung, die den Zugang für das erste Einstiegsamt der Laufbahn der Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung Bildung eröffnet	20,81
4. Lehrkräfte mit einer Lehrbefähigung, die den Zugang für das zweite Einstiegsamt der Laufbahn der Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung Bildung eröffnet	35,76

Anlage 14
(zu § 56)

Gültig ab 1. März 2021

Auslandszuschlag
(Monatsbeträge in Euro)

Grundgehaltsspanne	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
		2 266,60	2 568,82	2 912,21	3 302,34	3 745,63	4 249,30	4 821,60	5 471,84	6 210,68	7 050,12	8 003,95	9 087,70	10 319,05	
	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	ab
	2 266,59	2 568,81	2 912,20	3 302,33	3 745,62	4 249,29	4 821,59	5 471,83	6 210,67	7 050,11	8 003,94	9 087,69	10 319,04	11 718,14	11 718,15

Anlage 15
(zu § 58)

Gültig ab 1. März 2021

Anwärtergrundbetrag

Einstiegsamt	Monatsbeträge in Euro
A 5 bis A 8	1 209,04
A 9 bis A 11	1 269,74
A 12	1 426,91
A 13	1 462,66
A 13 + Zulage nach Nummer 4 der Anlage 9	1 501,92

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3763
zugleich Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Anlage 16
(zu § 68 Abs. 4)

Gültig ab 1. März 2021

Grundgehaltssätze für die Besoldungsgruppen C 1 bis C 4
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Erfahrungszeit je Stufe 2 Jahre Erfahrungsstufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	3 775,64	3 906,53	4 037,35	4 168,23	4 299,14	4 429,99	4 560,86	4 691,71	4 822,55	4 953,45	5 084,33	5 215,19	5 346,07	5 476,94	
C 2	3 783,78	3 992,35	4 200,90	4 409,52	4 618,04	4 826,62	5 035,18	5 243,76	5 452,30	5 660,88	5 869,40	6 077,98	6 286,54	6 495,12	6 703,68
C 3	4 161,72	4 397,89	4 634,05	4 870,21	5 106,36	5 342,53	5 578,63	5 814,80	6 050,96	6 287,12	6 523,25	6 759,39	6 995,54	7 231,70	7 467,85
C 4	5 273,52	5 510,90	5 748,30	5 985,69	6 223,08	6 460,47	6 697,86	6 935,22	7 172,62	7 409,99	7 647,42	7 884,78	8 122,20	8 359,56	8 596,97

Anlage 17
(zu § 68 Abs. 4)

Gültig ab 1. März 2021

Höhe der Stellenzulagen und Zulagen

Dem Grunde nach geregelt in	Monatsbeträge in Euro
Bundesbesoldungsordnung C	
(in der bis zum 22. Februar 2002 geltenden Fassung)	
Vorbemerkungen	
Nummer 2 b	98,63
Nummer 3	
Die Zulage beträgt	
für Beamtinnen und Beamte	
der Besoldungsgruppe(n)	
C 1	181,54
C 2	235,86
C 3 und C 4	292,66
Nummer 5	
Die Zulage beträgt,	
wenn ein Amt ausgeübt wird	
der Besoldungsgruppe R 1	226,00
der Besoldungsgruppe R 2	252,00
Besoldungsgruppe Fußnote	
C 2 1	104,32

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3763

Artikel 5
Änderung des Niedersächsischen Beamtenversorgungsgesetzes

Das Niedersächsische Beamtenversorgungsgesetz in der Fassung vom 2. April 2013 (Nds. GVBl. S. 73), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (Nds. GVBl. S. 317; 2019 S. 13), wird wie folgt geändert:

1. § 2 Nr. 7 wird gestrichen.

2. In § 5 Abs. 6 Satz 1 Halbsatz 2 werden die Worte „in der Besoldungsordnung C“ durch die Worte „in der Besoldungsordnung A, C oder R“ ersetzt.

3. § 16 wird wie folgt geändert:

   a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

      aa) Es wird der folgende neue Satz 6 eingefügt:

      „[6]Zeiten nach § 17 Abs. 2 Satz 1 werden bei der Berechnung der Zeit nach Satz 5 auch berücksichtigt, wenn sie ruhegehaltfähig sind.“

      bb) Der bisherige Satz 6 wird Satz 7.

   b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

      aa) In Satz 2 wird die Angabe „A 4“ durch die Angabe „A 5“ ersetzt.

      bb) Satz 3 wird gestrichen.

      cc) Der bisherige Satz 4 wird Satz 3 und erhält folgende Fassung:

      „[3]Die Sätze 1 und 2 sind in den Fällen des Absatzes 2 Satz 1 Nrn. 1 und 2 nicht anzuwenden.“

4. In § 24 Abs. 1 Satz 2 Halbsatz 2 wird die Angabe „Sätze 3 und 4“ durch die Angabe „Satz 3“ ersetzt.

5. In § 28 Abs. 1 Satz 3 Halbsatz 1 wird die Angabe „Sätze 1, 2 und 4“ gestrichen.

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Artikel 5
Änderung des Niedersächsischen Beamtenversorgungsgesetzes

Das Niedersächsische Beamtenversorgungsgesetz in der Fassung vom 2. April 2013 (Nds. GVBl. S. 73), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (Nds. GVBl. S. 317; 2019 S. 13), wird wie folgt geändert:

1. *unverändert*

2. *unverändert*

3. § 16 wird wie folgt geändert:

   a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

      aa) Es wird der folgende neue Satz 6 eingefügt:

      „[6]**B**ei der Berechnung _____ nach Satz 5 werden Zeiten nach § 17 Abs. 2 Satz 1 auch berücksichtigt, wenn sie **nach anderen Vorschriften** ruhegehaltfähig sind.“

      bb) *unverändert*

   b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

      aa) *unverändert*

      bb) ***wird gestrichen***

      cc) **Die** bisherigen **Sätze 3 und** 4 **werden durch den folgenden neuen** Satz 3 **ersetzt**:

      „[3]Die Sätze 1 und 2 sind in den Fällen des Absatzes 2 Satz 1 Nrn. 1 und 2 nicht anzuwenden.“

4. *unverändert*

5. *unverändert*

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3763	*Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen*
6. § 40 Abs. 3 Satz 3 erhält folgende Fassung: „[3]Es darf nicht hinter 75 Prozent der jeweils ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe A 5 zurückbleiben.“	6. *unverändert*
7. § 60 Abs. 4 erhält folgende Fassung: „(4) § 58 Abs. 7 und 8 gilt entsprechend.“	7. *unverändert*
8. § 64 wird wie folgt geändert: a) In Absatz 2 Satz 1 Nrn. 1 und 3 Buchst. b wird jeweils die Angabe „A 4“ durch die Angabe „A 5“ ersetzt. b) In Absatz 3 Satz 2 wird die Angabe „A 2“ durch die Angabe „A 5“ ersetzt.	8. *unverändert*
9. § 66 Abs. 9 wird wie folgt geändert:	9. § 66 Abs. 9 **Satz 2** wird wie folgt geändert: **0/a) Am Ende der Nummer 2 wird das Komma gestrichen.** **0/b) Am Ende der Nummer 3 wird der Punkt durch das Wort „sowie“ ersetzt.**
a) Es wird der folgende neue Satz 3 eingefügt: „[3]§ 40 Abs. 3 Satz 2 Halbsatz 1 und Satz 3 findet keine Anwendung, wenn der Ruhestandsbeginn oder der Todestag der Beamtin oder des Beamten nach dem *[Datum einsetzen: Tag nach Verkündung dieses Gesetzes]* liegt.“	a) Es wird **die** folgende **Nummer 4 angefügt**: „**4. wird die Mindestunfallversorgung nach** § 40 Abs. 3 **Sätze** 2 ____ und 3 **nicht gewährt**, wenn der Ruhestandsbeginn oder der Todestag der Beamtin oder des Beamten nach dem *[Datum einsetzen: Tag nach Verkündung dieses Gesetzes]* liegt.“
b) Die bisherigen Sätze 3 bis 7 werden Sätze 4 bis 8.	b) ***wird gestrichen***
c) Im neuen Satz 8 werden in Halbsatz 1 die Angabe „Satz 3“ durch die Angabe „Satz 4“ und in Halbsatz 2 die Angabe „bis 6“ durch die Angabe „bis 7“ ersetzt.	c) ***wird gestrichen***
10. In § 74 Abs. 2 Satz 1 Nr. 5 werden die Worte „in den Fällen des § 14 sowie im Rahmen der §§ 58 bis 61“ gestrichen.	10. *unverändert*
11. In § 88 Abs. 2 Satz 1 wird die Angabe „§ 16 Abs. 3 Sätze 1 bis 3“ durch die Angabe „§ 16 Abs. 3 Sätze 1 und 2“ ersetzt.	11. In § 88 Abs. 2 Satz 1 wird die Angabe „§ 16 Abs. 3 Sätze 1 bis 3 **und**“ durch die Angabe „§ 16 Abs. 3 Sätze 1 und 2 **sowie**“ ersetzt.

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3763	*Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen*
12. In § 89 Abs. 2 wird die Angabe „§ 16 Abs. 3 Sätze 1 bis 3“ durch die Angabe „§ 16 Abs. 3 Sätze 1 und 2“ ersetzt.	12. *unverändert*
13. Dem § 90 a wird der folgende Absatz 5 angefügt: „(5) Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, für die am 31. Dezember 2016 nach Artikel 1 § 2 Abs. 2 oder 3 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091), zuletzt geändert durch Artikel 15 Abs. 81 des Gesetzes vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160), § 40 des Bundesbesoldungsgesetzes in der am 31. Dezember 1975 geltenden Fassung anzuwenden war, erhalten zu ihren ruhegehaltfähigen Dienstbezügen den Familienzuschlag der Stufe 1.“	13. Dem § 90 a wird der folgende Absatz 5 angefügt: „(5) **Den** ruhegehaltfähigen Dienstbezügen **der** Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, für die am 31. Dezember 2016 nach Artikel 1 § 2 Abs. 2 oder 3 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091), zuletzt geändert durch Artikel 15 Abs. 81 des Gesetzes vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160), § 40 des Bundesbesoldungsgesetzes in der am 31. Dezember 1975 geltenden Fassung anzuwenden war, **liegt abweichend von § 57 Abs. 1 Satz 1 der** Familienzuschlag der Stufe 1 **zugrunde**.“
14. Es wird der folgende § 100 angefügt: „§ 100 Meldung von Dienstunfalldaten an Eurostat (1) Die meldepflichtigen Daten über Dienstunfälle von Beamtinnen und Beamten im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 349/2011 der Kommission vom 11. April 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1338/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates zu Gemeinschaftsstatistiken über öffentliche Gesundheit und über Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz betreffend Statistiken über Arbeitsunfälle (ABl. EU Nr. L 97 S. 3) können über die Landesunfallkasse weitergemeldet werden. (2) Einzelheiten zum Verfahren und zur Kostenerstattung können in einer Verwaltungsvereinbarung geregelt werden.“	14. Es wird der folgende § 100 angefügt: „§ 100 Meldung von Dienstunfalldaten an Eurostat (1) Die **nach** der Verordnung (EU) Nr. 349/2011 der Kommission vom 11. April 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1338/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates zu Gemeinschaftsstatistiken über öffentliche Gesundheit und über Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz betreffend Statistiken über Arbeitsunfälle (ABl. EU Nr. L 97 S. 3) meldepflichtigen Daten über Dienstunfälle von Beamtinnen und Beamten **werden** über die Landesunfallkasse ____gemeldet ____. (2) ***wird gestrichen***
15. Die Anlage (zu den §§ 58 bis 61) erhält folgende Fassung: „**Anlage** (zu den §§ 58 bis 61) Gültig ab 1. März 2019 **Höhe der Zuschläge nach den §§ 58 bis 61** (1) Der Kindererziehungszuschlag nach § 58 Abs. 1 beträgt für jeden Monat der Kindererziehungszeit 2,75 Euro.	15. *unverändert*

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3763

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

(2) Der Kindererziehungsergänzungszuschlag nach § 58 Abs. 5 beträgt für jeden angefangenen Monat, in dem die darin genannten Voraussetzungen erfüllt werden:

1. im Fall des § 58 Abs. 5 Nr. 1 Buchst. a 0,92 Euro,

2. im Fall des § 58 Abs. 5 Nr. 1 Buchst. b 0,70 Euro.

(3) Der Kinderzuschlag nach § 59 beträgt für die ersten 36 Monate der Kindererziehungszeit je Monat 1,85 Euro, für weitere Monate 0,92 Euro.

(4) [1]Der Pflegezuschlag nach § 60 Abs. 1 beträgt für jeden Kalendermonat der nicht erwerbsmäßigen Pflege einer pflegebedürftigen Person

1. des Pflegegrades 5 nach § 15 Abs. 3 Satz 4 Nr. 5 des Elften Buchs des Sozialgesetzbuchs (SGB XI), wenn die pflegebedürftige Person

   a) ausschließlich Pflegegeld nach § 37 SGB XI bezieht: 2,75 Euro,

   b) Kombinationsleistungen nach § 38 SGB XI bezieht: 2,34 Euro,

   c) ausschließlich Pflegesachleistungen nach § 36 SGB XI bezieht: 1,93 Euro,

2. des Pflegegrades 4 nach § 15 Abs. 3 Satz 4 Nr. 4 SGB XI, wenn die pflegebedürftige Person

   a) ausschließlich Pflegegeld nach § 37 SGB XI bezieht: 1,93 Euro,

   b) Kombinationsleistungen nach § 38 SGB XI bezieht: 1,68 Euro,

   c) ausschließlich Pflegesachleistungen nach § 36 SGB XI bezieht: 1,35 Euro,

3. des Pflegegrades 3 nach § 15 Abs. 3 Satz 4 Nr. 3 SGB XI, wenn die pflegebedürftige Person

   a) ausschließlich Pflegegeld nach § 37 SGB XI bezieht: 1,19 Euro,

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3763

b) Kombinationsleistungen nach § 38 SGB XI bezieht: 1,01 Euro,

c) ausschließlich Pflegesachleistungen nach § 36 SGB XI bezieht: 0,84 Euro,

4. des Pflegegrades 2 nach § 15 Abs. 3 Satz 4 Nr. 2 SGB XI, wenn die pflegebedürftige Person

a) ausschließlich Pflegegeld nach § 37 SGB XI bezieht: 0,74 Euro,

b) Kombinationsleistungen nach § 38 SGB XI bezieht: 0,63 Euro,

c) ausschließlich Pflegesachleistungen nach § 36 SGB XI bezieht: 0,52 Euro.

[2]Üben mehrere nicht erwerbsmäßig tätige Pflegepersonen die Pflege gemeinsam aus (Mehrfachpflege), so sind die Beträge entsprechend dem nach § 44 Abs. 1 Satz 3 SGB XI festgestellten anteiligen Umfang der jeweiligen Pflegetätigkeit im Verhältnis zum Gesamtaufwand je pflegebedürftiger Person aufzuteilen. [3]Werden mehrere pflegebedürftige Personen gepflegt, so ergibt sich die Höhe des Pflegezuschlags jeweils nach den Sätzen 1 und 2, wobei der Pflegezuschlag je Kalendermonat den Betrag nach Absatz 1 nicht übersteigen darf.

(5) Der Kinderpflegeergänzungszuschlag nach § 60 Abs. 3 beträgt für jeden Kalendermonat der nicht erwerbsmäßigen Pflege die Hälfte der in Absatz 4 genannten Beträge, höchstens jedoch 0,92 Euro.“

Artikel 6
Weitere Änderung des Niedersächsischen Beamtenversorgungsgesetzes

Die Anlage (zu den §§ 58 bis 61) des Niedersächsischen Beamtenversorgungsgesetzes in der Fassung vom 2. April 2013 (Nds. GVBl. S. 73), zuletzt geändert durch Artikel 5 dieses Gesetzes, erhält folgende Fassung:

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Artikel 6
Weitere Änderung des Niedersächsischen Beamtenversorgungsgesetzes

unverändert

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3763

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

„**Anlage**
(zu den §§ 58 bis 61)

Gültig ab 1. März 2020

Höhe der Zuschläge nach den §§ 58 bis 61

(1) Der Kindererziehungszuschlag nach § 58 Abs. 1 beträgt für jeden Monat der Kindererziehungszeit 2,84 Euro.

(2) Der Kindererziehungsergänzungszuschlag nach § 58 Abs. 5 beträgt für jeden angefangenen Monat, in dem die darin genannten Voraussetzungen erfüllt werden:

1. im Fall des § 58 Abs. 5 Nr. 1 Buchst. a 0,95 Euro,

2. im Fall des § 58 Abs. 5 Nr. 1 Buchst. b 0,72 Euro.

(3) Der Kinderzuschlag nach § 59 beträgt für die ersten 36 Monate der Kindererziehungszeit je Monat 1,91 Euro, für weitere Monate 0,95 Euro.

(4) [1]Der Pflegezuschlag nach § 60 Abs. 1 beträgt für jeden Kalendermonat der nicht erwerbsmäßigen Pflege einer pflegebedürftigen Person

1. des Pflegegrades 5 nach § 15 Abs. 3 Satz 4 Nr. 5 des Elften Buchs des Sozialgesetzbuchs (SGB XI), wenn die pflegebedürftige Person

   a) ausschließlich Pflegegeld nach § 37 SGB XI bezieht: 2,84 Euro,

   b) Kombinationsleistungen nach § 38 SGB XI bezieht: 2,41 Euro,

   c) ausschließlich Pflegesachleistungen nach § 36 SGB XI bezieht: 1,99 Euro,

2. des Pflegegrades 4 nach § 15 Abs. 3 Satz 4 Nr. 4 SGB XI, wenn die pflegebedürftige Person

   a) ausschließlich Pflegegeld nach § 37 SGB XI bezieht: 1,99 Euro,

   b) Kombinationsleistungen nach § 38 SGB XI bezieht: 1,73 Euro,

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3763

c) ausschließlich Pflegesachleistungen nach § 36 SGB XI bezieht: 1,39 Euro,

3. des Pflegegrades 3 nach § 15 Abs. 3 Satz 4 Nr. 3 SGB XI, wenn die pflegebedürftige Person

a) ausschließlich Pflegegeld nach § 37 SGB XI bezieht: 1,23 Euro,

b) Kombinationsleistungen nach § 38 SGB XI bezieht: 1,04 Euro,

c) ausschließlich Pflegesachleistungen nach § 36 SGB XI bezieht: 0,87 Euro,

4. des Pflegegrades 2 nach § 15 Abs. 3 Satz 4 Nr. 2 SGB XI, wenn die pflegebedürftige Person

a) ausschließlich Pflegegeld nach § 37 SGB XI bezieht: 0,76 Euro,

b) Kombinationsleistungen nach § 38 SGB XI bezieht: 0,65 Euro,

c) ausschließlich Pflegesachleistungen nach § 36 SGB XI bezieht: 0,54 Euro.

[2]Üben mehrere nicht erwerbsmäßig tätige Pflegepersonen die Pflege gemeinsam aus (Mehrfachpflege), so sind die Beträge entsprechend dem nach § 44 Abs. 1 Satz 3 SGB XI festgestellten anteiligen Umfang der jeweiligen Pflegetätigkeit im Verhältnis zum Gesamtaufwand je pflegebedürftiger Person aufzuteilen. [3]Werden mehrere pflegebedürftige Personen gepflegt, so ergibt sich die Höhe des Pflegezuschlags jeweils nach den Sätzen 1 und 2, wobei der Pflegezuschlag je Kalendermonat den Betrag nach Absatz 1 nicht übersteigen darf.

(5) Der Kinderpflegeergänzungszuschlag nach § 60 Abs. 3 beträgt für jeden Kalendermonat der nicht erwerbsmäßigen Pflege die Hälfte der in Absatz 4 genannten Beträge, höchstens jedoch 0,95 Euro."

Artikel 7
Weitere Änderung des Niedersächsischen Beamtenversorgungsgesetzes

Die Anlage (zu den §§ 58 bis 61) des Niedersächsischen Beamtenversorgungsgesetzes in der Fassung vom 2. April 2013 (Nds. GVBl. S. 73), zuletzt geändert durch Artikel 6 dieses Gesetzes, erhält folgende Fassung:

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Artikel 7
Weitere Änderung des Niedersächsischen Beamtenversorgungsgesetzes

unverändert

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3763

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

„**Anlage**
(zu den §§ 58 bis 61)

Gültig ab 1. März 2021

Höhe der Zuschläge nach den §§ 58 bis 61

(1) Der Kindererziehungszuschlag nach § 58 Abs. 1 beträgt für jeden Monat der Kindererziehungszeit 2,88 Euro.

(2) Der Kindererziehungsergänzungszuschlag nach § 58 Abs. 5 beträgt für jeden angefangenen Monat, in dem die darin genannten Voraussetzungen erfüllt werden:

1. im Fall des § 58 Abs. 5 Nr. 1 Buchst. a 0,96 Euro,

2. im Fall des § 58 Abs. 5 Nr. 1 Buchst. b 0,73 Euro.

(3) Der Kinderzuschlag nach § 59 beträgt für die ersten 36 Monate der Kindererziehungszeit je Monat 1,94 Euro, für weitere Monate 0,96 Euro.

(4) [1]Der Pflegezuschlag nach § 60 Abs. 1 beträgt für jeden Kalendermonat der nicht erwerbsmäßigen Pflege einer pflegebedürftigen Person

1. des Pflegegrades 5 nach § 15 Abs. 3 Satz 4 Nr. 5 des Elften Buchs des Sozialgesetzbuchs (SGB XI), wenn die pflegebedürftige Person

   a) ausschließlich Pflegegeld nach § 37 SGB XI bezieht: 2,88 Euro,

   b) Kombinationsleistungen nach § 38 SGB XI bezieht: 2,44 Euro,

   c) ausschließlich Pflegesachleistungen nach § 36 SGB XI bezieht: 2,02 Euro,

2. des Pflegegrades 4 nach § 15 Abs. 3 Satz 4 Nr. 4 SGB XI, wenn die pflegebedürftige Person

   a) ausschließlich Pflegegeld nach § 37 SGB XI bezieht: 2,02 Euro,

   b) Kombinationsleistungen nach § 38 SGB XI bezieht: 1,75 Euro,

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3763

c) ausschließlich Pflegesachleistungen nach § 36 SGB XI bezieht: 1,41 Euro,

3. des Pflegegrades 3 nach § 15 Abs. 3 Satz 4 Nr. 3 SGB XI, wenn die pflegebedürftige Person

a) ausschließlich Pflegegeld nach § 37 SGB XI bezieht: 1,25 Euro,

b) Kombinationsleistungen nach § 38 SGB XI bezieht: 1,05 Euro,

c) ausschließlich Pflegesachleistungen nach § 36 SGB XI bezieht: 0,88 Euro,

4. des Pflegegrades 2 nach § 15 Abs. 3 Satz 4 Nr. 2 SGB XI, wenn die pflegebedürftige Person

a) ausschließlich Pflegegeld nach § 37 SGB XI bezieht: 0,77 Euro,

b) Kombinationsleistungen nach § 38 SGB XI bezieht: 0,66 Euro,

c) ausschließlich Pflegesachleistungen nach § 36 SGB XI bezieht: 0,55 Euro.

[2]Üben mehrere nicht erwerbsmäßig tätige Pflegepersonen die Pflege gemeinsam aus (Mehrfachpflege), so sind die Beträge entsprechend dem nach § 44 Abs. 1 Satz 3 SGB XI festgestellten anteiligen Umfang der jeweiligen Pflegetätigkeit im Verhältnis zum Gesamtaufwand je pflegebedürftiger Person aufzuteilen. [3]Werden mehrere pflegebedürftige Personen gepflegt, so ergibt sich die Höhe des Pflegezuschlags jeweils nach den Sätzen 1 und 2, wobei der Pflegezuschlag je Kalendermonat den Betrag nach Absatz 1 nicht übersteigen darf.

(5) Der Kinderpflegeergänzungszuschlag nach § 60 Abs. 3 beträgt für jeden Kalendermonat der nicht erwerbsmäßigen Pflege die Hälfte der in Absatz 4 genannten Beträge, höchstens jedoch 0,96 Euro.“

Artikel 8
Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. März 2019 in Kraft.

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Artikel 8
Inkrafttreten

(1) *unverändert*

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3763	*Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen*
(2) Abweichend von Absatz 1 treten	(2) Abweichend von Absatz 1 treten
1. Artikel 5 Nr. 2 mit Wirkung vom 1. Dezember 2011,	1. *unverändert*
	1/1. Artikel 5 Nr. 7 am Tag nach der Verkündung dieses Gesetzes,
2. Artikel 5 Nr. 13 mit Wirkung vom 1. Januar 2017,	2. *unverändert*
3. die Artikel 3 und 6 am 1. März 2020 und	3. *unverändert*
4. die Artikel 4 und 7 am 1. März 2021	4. *unverändert*
in Kraft.	in Kraft.

(Verteilt am 13.06.2019)